



Ehrlicher Neustart bei der Endlagersuche beträfe 13 Bundesländer

Ehrlicher Neustart bei der Endlagersuche beträfe 13 Bundesländer
Umweltminister Peter Altmaier verspielt das Vertrauen der Bürger
Nahezu jedes Bundesland kommt für ein tiefeingeologisches Atommüll-Endlager in Frage. Dies ist das Ergebnis einer Recherche von Greenpeace, die sich auf wissenschaftliche Untersuchungen im Auftrag der Bundesregierungen von 1974 bis heute stützt. Über kein untersuchungswürdiges Gestein verfügen demnach nur das Saarland, Rheinland-Pfalz und Berlin. Greenpeace hat die Ergebnisse in einer Landkarte zusammengefasst, die auf der Internetseite der Umweltschutzorganisation abrufbar ist (siehe weiter unten).
Die Ministerpräsidenten aller Bundesländer sollen am 5. Juli dem Endlagersuchgesetz von Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) zustimmen. Mit wenigen Ausnahmen wie Niedersachsen und Baden-Württemberg gab es aber bisher keine Debatte in den Landesparlamenten dazu. Greenpeace bemängelt, dass damit ein Gesetz zur Suche nach einem atomaren Endlager verabschiedet würde ohne die Bürger zuvor daran zu beteiligen.
"Nur wer die Bürger in den betroffenen Regionen schon bei der Entwicklung des Suchverfahrens einbezieht, hat die Chance, dass das Ergebnis der Suche auch akzeptiert wird", erklärt Greenpeace-Atomexperte Mathias Edler. Greenpeace fordert die Bundesländer auf, dem mangelhaften Endlagersuchgesetz nicht zuzustimmen und den Weg für einen echten Neustart bei der Endlagersuche frei zu machen.
Rund 80 Prozent aller möglichen Endlagerstandorte liegen in Niedersachsen
Neben den bekannten Salz- und Tonstandorten in Niedersachsen, den Tonformationen in Baden-Württemberg und den Granitvorkommen in Bayern sind auf der Greenpeace-Karte auch bislang weitgehend unbekannte Salzstandorte in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, Tonstandorte in Brandenburg und Sachsen-Anhalt und Granitformationen in Sachsen eingezeichnet. Zusätzlich wurden flachlagernde Salzstätten in Hessen, Thüringen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt einbezogen. Diese wurden bereits zu einem frühen Zeitpunkt als Standorte ausgeschlossen, weil sich die Politik damals ausschließlich auf Salzstöcke konzentriert hat.
Ulrich Schneider, Geologe, der an der Erkundung des Salzstocks Gorleben von 1979 bis 1980 beteiligt war, kritisiert dies: "Wenn die Geologie diesmal zu ihrem Recht kommen soll, müssen alte politische Vorfestlegungen über Bord geworfen- und alle Regionen erneut untersucht werden." Laut Karte liegen rund 80 Prozent aller möglichen Standorte in Niedersachsen.
Greenpeace fordert, dass sich die Parteien im Bundestag und in den Bundesländern in einem ersten Rahmengesetz lediglich auf das Ziel verständigen, den bestmöglichen Lagerstandort für Atommüll zu finden, und eine Kommission zur Entwicklung eines Verfahrens einzurichten. Dieser Vorschlag muss mit den Bürgern diskutiert werden. Greenpeace hat schon im November 2012 einen konstruktiven Vorschlag gemacht, wie Deutschland verantwortungsvoll mit hochradioaktiven Abfällen umgehen könnte.
Greenpeace e.V.
Grosse Elbstrasse 39
22767 Hamburg
Deutschland
Telefon: 040/30618 -340
Telefax: 040/30618-160
Mail: presse@greenpeace.de
URL: <http://www.greenpeace.de>

Pressekontakt

Greenpeace

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Firmenkontakt

Greenpeace

22767 Hamburg

greenpeace.de
presse@greenpeace.de

Seit 1971 setzt sich Greenpeace für den Schutz der Lebensgrundlagen ein. Gewaltfreiheit ist dabei das oberste Prinzip. Die Organisation ist unabhängig von Regierungen, politischen Parteien und wirtschaftlichen Interessengruppen. Greenpeace arbeitet international, denn Naturzerstörung kennt keine Grenzen. Spektakuläre Aktionen haben Greenpeace weltweit bekannt gemacht. Die direkte Konfrontation mit Umweltsündern dient dazu, auf Missstände aufmerksam zu machen. Greenpeace-Aktivist:innen setzen sich persönlich für ihr Anliegen ein - dadurch erzeugen sie öffentlichen Druck auf Verantwortliche in Politik und Industrie. Doch Greenpeace agiert nicht nur im Schlauchboot, auch die Lobbyarbeit trägt entscheidend zum Erfolg von Kampagnen bei. In langwierigen und zähen Verhandlungen versucht Greenpeace, die politischen Entscheidungen von Regierungen oder Kommissionen zu beeinflussen. Greenpeace arbeitet zu den Themen Klimaveränderung, Artenvielfalt (Ökosysteme der Wälder und Meere), Atomkraft/erneuerbare Energien, Erdöl, Gentechnik, Landwirtschaft und Chemie. Eine Konzentration auf die gewählten Kampagnen ist notwendig: Nur wenn die Organisation ihre Energien bündelt, ist effektives und erfolgreiches Arbeiten möglich.